

Die „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 10,80 M. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 8 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die neuangelegte Preisliste folgt 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,  
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier,  
Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechstunde: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 106

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Dienstag, den 6. Juli 1926

Postfachkonto: Berlin 62 448.

25. Jahrg

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Für das nächste Geschäftsjahr (1927) sind für das Mietlingsamt Birkenwerder seitens der hiesigen Hausbesitzer- und Mietervereine Vorschlagslisten für den Besitzer und dessen Stellvertreter bis zum 31. August d. Js. bei dem Unterselbstigen einzu-reichen.

Birkenwerder, den 5. Juli 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat Juli, die erhöhten Hundesteuern, sowie die Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer für Juli/September 1926 sind bis zum 15. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen.

Von den Gastwirts- und Bierverkaufslizenzen bleiben bis zum 10. d. Mts. die Bierlizenzen für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1926 zur Kontrolle im Zimmer 2 des Rathauses vorzuliegen.

Birkenwerder, den 5. Juli 1926.

Der Gemeindevorsteher. J. A. Rosenau, Gemeindeführer.

### Hohen Neuendorf

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Diebstahl.

In der Nacht vom 26. zum 27. Juni ist die Schafschere Schwarz-Rot-Gold, die am Eingang auf dem Sportplatz an einer Stange befestigt war, von ruchloser Hand entwendet worden. Zweck-dienliche Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen können, werden in Zimmer 10 der Amtsverwaltung entgegengenommen; sie werden vertraulich behandelt.

Ein Stiegliß entflohen: Abzugeben bei Friedel, Auguststraße 3.

Was gibt es Neues?

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich sind wegen der Frankfurter Unterbrechung worden.

Im Prozeß gegen den Deutschen Volksbund wurde der Rattowitzer Schulrat Dudek zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Bericht der französischen Finanzsachverständigen fordert zur Balanzierung des Haushalts starke Steuererhöhungen.

Ein im Preussischen Landtag eingebrachter volksparteilicher Antrag fordert neue Vergleichsverhandlungen mit dem Hohenzollernhaufe.

Im Riesengebirge wurden durch Wolkenbrüche ungeheure Verberungen angerichtet.

### Reichstagsferien.

Der Gewittersturm, die in den letzten Tagen über dem Reichstag lastete, ist kein Ausdruck des drohenden Unwetters gefolgt. Der große Kampf um das Fürstentagsgesetz ist ausgegangen wie das Hornberger Gefecht. Es ist nicht einmal mehr zu der Entscheidungsschlacht der dritten Lesung gekommen. Als die Regierung erkennen mußte, daß ihre Vorlage durch die Opposition von rechts und links niedergestimmt werden würde, hat sie sie kurzerhand zurückgezogen. Sogleich nach den Reden der Oppositionsführer Wels und Westarp erhob sich der Reichskanzler, um dem Hause von diesem Entschluß der Regierung Mitteilung zu machen.

Einstweilen gibt es also kein Fürstentagsabfindungsgesetz, aber auch keine Reichstagsauflösung und keinen Austritt der Regierung. Der Reichspräsident selbst hat noch in zwölfter Stunde in die Krise eingegriffen durch ein Schreiben an den Reichskanzler, in dem er erklärte, daß er aus zwingenden innen- und außenpolitischen Gründen zur Zeit weder eine Reichstagsauflösung noch einen Regierungswechsel für angänglich halte. Das Reichskabinett hat daraufhin seine ursprüngliche Absicht, wenigstens formell seinen Austritt zu erklären, aufgegeben. Wie der Reichskanzler weiter erklärte, wird es vorläufig von sich aus auch keine neuen Schritte zur Lösung der Fürstentagsfrage unternehmen.

Immerhin hat man sich aber den Weg dazu offen gehalten, denn das Sperregesetz ist mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit bis zum 31. Dezember verlängert worden. Nur die Völkischen stimmten dagegen, während sich die Deutschen Nationalen der Stimme enthielten. Bekanntlich hatte noch am Donnerstag der Reichskanzler erklärt, daß die Regierung im Falle des Scheiterns der Fürstentagsvorlage auf die Erledigung des Sperregesetzes keinen Wert legen würde. Inzwischen waren die Regierungsparteien aber offenbar zu einer anderen Auffassung gelangt.

Durch die Drohung mit der Freigabe des Sperregesetzes sollte wohl auch mehr ein Druck auf die Sozialdemokratie ausgeübt werden. Einen zweiten Versuch, die Sozialdemokratie noch in letzter Stunde aufzunehmen, unternahm der Innenminister Riß durch ein Schreiben, das er im Namen der Reichsregierung an die sozialdemokratische Fraktion richtete. Es wurde darin ausdrücklich erklärt, daß die Regierung für Aufspaltung entschlossen sei, falls das Gesetz an dem Widerspruch der Deutschnationalen scheitern sollte. Trotz-dem klang die Rede des sozialdemokratischen Wort-

führers Wels nur in ein schroffes „Nein“ und in die Forderung aus, den Reichstag aufzulösen.

Weniger schroff war die Ablehnung der Deutschnationalen, deren Vorkämpfer, Graf Westarp, zwar auch den Regierungsentwurf für unannehmbar erklärte, aber gleichzeitig noch einmal anregte, durch Annahme der bekannten deutschnationalen Anträge dem Gesetz seinen verfassungsmäßigen Charakter zu nehmen. Schon vor der Sitzung waren die Deutschnationalen schon einmal mit diesem Angebot an die Regierungsparteien herantreten, waren aber auf Ablehnung gestoßen, und so konnte auch die Erklärung des Grafen Westarp an der Lage nichts mehr ändern.

Die Folge des Scheiterns der Fürstentagsvorlage war, daß man sich nunmehr über die Zollfragen schnell einigte, da man auf die Sozialdemokratie keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte. In einer Nachtigung wurden das Zollabkommen mit Dänemark gegen die Völkischen und Kommunisten, der deutsch-schwedische Handelsvertrag und die neuen Lebensmittelpflichten gegen die Völkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten in der Ausschussfassung angenommen. Vorher hatte man schon die Restbestände an kleinen Vorlagen aufgearbeitet, so daß der Reichstag in die Ferien gehen konnte, die diesmal ungewöhnlich lange, bis zum 3. November, dauern sollen. Vielleicht findet sich inzwischen ein Weg, durch neue unmittelbare Vergleichsverhandlungen mit den in Frage kommenden Fürstenthäusern den für alle Teile unerquicklichen Streit aus der Welt zu schaffen.

### Franken und Dabesplan.

Wie die Sanierung vor sich gehen soll.

In der heftigsten Frage, ob die Stabilisierung des französischen Frankens von innen heraus, d. h. mit Hilfe innerer Anleihen und vor allem durch Zugriff auf das Nationalvermögen in Form einer Kapitalabgabe bezw. erhöhter Steuern auf Einkommen oder Besitz, oder aber von außen her mit Hilfe ausländischer Kredite durchzuführen ist, haben sich die Sachverständigen für die zweite dieser beiden Theorien entschieden. Das zweite, was sich zugunsten des Sachverständigenausschusses sagen läßt, daß es sich vorbehaltlos und ohne Einschränkung zugunsten einer so rasch als möglich in die Wege zu leitenden Stabilisierung der Währung ausspricht, und so einer Anzahl Vorkämpfern der Politik des Treibenlassens, mit anderen Worten den Gegnern jeglicher Stabilisierung, die, ohne den Mut zu haben, es offen auszusprechen, die Inflation wollen, das Wasser abgräbt.

Die Hauptsache aber ist die umfangreiche Unterstützung durch englische und amerikanische Großbanken.

Es wird aus London gemeldet, daß der Gouverneur der Bank von England, Norman, einen Plan ausgearbeitet hat, der bewedert, im Zusammenhang mit dem Pariser Bericht und mit New Yorker Banken, ebenso mit der Deutschen Reichsbank, die Sanierung zu vollziehen. Die Verwirklichung soll noch abhängig sein von der Zustimmung zu einer Revision der Zinseszinsabgaben. Die Notwendigkeit einer solchen Revision soll von Norman, der in dieser Frage im steten Kontakt mit dem Reparationskommissar Gilbert in Berlin steht, bestätigt worden sein. Bevor diese Revision durchgeführt wird, soll jedoch die Frage der Regelung der internationalen Schulden und die Stabilisierung Europas, besonders des französischen Frankens, geklärt werden.

Wie aus Paris neuerdings berichtet wird, hat der Senator Gaudin de Villaine im Senat eine Resolution eingebracht, wonach unter keinen Umständen, auch nicht zu Anleihezwecken, der Goldbestand der Bank von Frankreich auf nur teilweise veräußert werden dürfe. Die Resolution ist der Finanzkommission des Senats zur Behandlung überwiesen worden.

### Polens Kampf gegen das Deutschland.

Schulrat Dudek verurteilt.

Unter Auschluss der Öffentlichkeit fand in Rattowich der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Volksbund in Rattowich verhafteten Schulrat A. D. Dudek statt, der von den polnischen Behörden des Rates militärischer Geheimnisse angeklagt war.

Das Urteil lautete wegen Verrats militärischer Geheimnisse auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Auf die bereits erklärte Untersuchungshaft wurde eine Zeit von vier Monaten und 19 Tagen in Anrechnung gebracht. Auf Antrag des Verteidigers bewilligte das Gericht die Freilassung gegen eine Kaution von 50 000 Zloty.

### Einsturzkatastrophe in Woltersdorf.

#### 13 Tote, über 90 Verletzte.

Die schweren Gewitter und Wolkenbrüche, die am Sonntagmorgen über die östlichen Vororte Berlins niedergegangen sind, haben in dem bekannten Ausflugsort Woltersdorf ein entsetzliches Unglück herbeigeführt. In dem am Strandufer an der Woltersdorfer Schleife belegenen gleichnamigen Restaurant hatten zahlreiche Ausflügler bei dem plötzlich niedergehenden Wolkenbruch Schutz in der Regelbahn gesucht. Geräuschendes Wasser unter-spülte die Mauer der Regelbahn und brachte die Steinmauer zum Einsturz. Sämtliche in der etwa 20 Meter langen Halle weilenden Personen wurden unter den Trümmern begraben. Dreizehn der Ausflügler wurden tot unter den Trümmern heroorgezogen, etwa 40 mit schweren Verletzungen und 50 leichter Verletzte geborgen. Das schwere Unglück beschäftigte die Berliner Feuerwehr sowie die Wehren der östlichen Vororte bis in die Nachtstunden. Wie das Unglück geschah. Der Zutritt der Berliner Ausflügler nach den landwirtschaftlich so reizvollen Woltersdorfer Seen und Wäldchen hatte schon in den Vormittagsstunden außerordentlich stark zugenommen. Große Scharen lagerten am Seeufer und im Wald, und die Ausflugslokale waren überfüllt. Als nun in der vierten Nachmittagsstunde plötzlich ein schweres Gewitter heraufzog, suchte jedermann so schnell wie möglich ein schützendes Dach zu erreichen. So fanden u. a. etwa 120 Personen, vielfach Eltern mit ihren Kindern, Schutz in der Regelbahn des Restaurants Kranitzberg. Diese Regelbahn liegt in dem zu dem Restaurant gehörenden Sommergarten und ist mit einer massiven Steinmauer an den logenartigen Liebesberg angelehnt. Der fluenblende anhaltende wolkenbrüchige Regen führte mit herabstürzender Wucht zum Einsturz der Mauer unterhalb. Kurz nach sechs Uhr nachmittags rückten Mauer und Dach der 20 Meter langen Regelbahn zusammen und begruben alle in der Halle Anwesenden unter den Trümmern. An das Fehlen der Elemente milteten sich die gelassenen Hilferufe der Besorgten. Aus der Nachbarstadt eilten jedoch rettswillige Helfer herbei, sie waren jedoch machtlos, hier zu helfen. Zahlreiche der herbeigekommenen Helfer und Helferinnen fielen in Schreckkrämpfe über die Wehrlose der Verhüllten. Unglücklicherweise hatte das Wetter auch die telephonischen Verbindungen zerstört, so daß erst verhältnismäßig spät die Berliner Feuerwehr und die Wehren der Nachbarorte sowie des Berliner Rettungssamts alarmiert werden konnten. — Nach einer anderen Mitteilung hat ein Blitz in die Regelbahn geschlagen, wodurch die unterhalbige Mauer einfiel.

### Um das Reichsehrenmal.

Reise nach dem Reichsehrenmal. Der Reichskanzler Dr. Brüning besichtigte am Sonntag in Gemeinschaft mit dem Berliner Ausschuss für das Reichsehrenmal die Stätten am Rhein, die für die Errichtung des Gedenkmals in Frage kommen. Der Dampfer „Preußen“ führte den Ausschuss zunächst nach Niederlahnstein. Hier handelt es sich um zwei Vorschläge. Nach dem einen soll auf dem Bergmassiv des Lichterhofs das Reichsehrenmal mit Ehrenhain errichtet werden, der andere sieht die Vorher Insel hierfür vor. Das Projekt der Stadt Niederlahnstein auf dem Lichterhof wurde eingehend geprüft. Dabei ließ man auch das Bergmassiv vom linken Ufer aus auf sich wirken.

Von Niederlahnstein aus erfolgte die Weiterfahrt nach der Insel Hammerstein. An der Hand von Zeichnungen erklärte hier Professor Bürger-Wachen das von ihm ausgearbeitete Projekt. Neuerdings ist auch das altertümliche Städtchen Rheins mit einem Vorschlag für das Reichsehrenmal hervorgetreten. Es empfiehlt hierfür die Höhe Büchelhorst am Rhein. In der Nähe befindet sich der Kaiserstuhl von Rheins. Der Büchelhorst ist ein historisches Gebiet. Hier hatten früher Trier, Kurmainz, Kurpfalz und Kurhain ihre Grenzen. Der Vorschlag ist dem Reichsministerium unterbreitet worden.

### Der Sachverständigenbericht.

Die Franzosen sollen Steuern zahlen.

Der Bericht der franz. Finanzsachverständigen ist fertiggestellt und an die Mitglieder der Finanzkommission verteilt worden. Er besteht aus zwei Teilen, dem eigentlichen Bericht und zahlreichen Anlagen, Statistiken usw. Der eigentliche Bericht zerfällt in drei Kapitel: Budget, Schatzamt und Stabilisierung. Im Kapitel Budget wird erklärt, daß das Gleichgewicht mit allen Mitteln strengstens durchgeführt werden müßte. Neue große Steuern werden dazu als notwendig bezeichnet.

Für das zweite Halbjahr 1926 wird der Mehrbedarf an Steuern auf nicht weniger als vier Milliarden und für das nächste Jahr auf zusammen sieben Milliarden geschätzt. Es müssen also Steuern gewählt werden, die möglichst schnell eingingen. Es werden eine Erhöhung der Umsatzsteuer um drei Milliarden, eine Erhöhung der Einkommensteuer, die Einführung einer Verbrauchssteuer von etwa 25 Prozent und endlich strengere Einschränkungen vorgeschlagen.

Von den Einzelvorschlägen des Expertenberichts ist besonders bemerkenswert: Alle Maßnahmen haben im vollen Einverständnis und unter Garantie der Bank von Frankreich zu erfolgen. Die Auslandsanleihen